

Erläuterungen zu den Tagesordnungspunkten der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Jever am 11. November 2021 in Anlehnung an die Ausführungen des Herrn Thiele (Verfasser der Kommentierung zum Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG))

TOP 1 / 2 / 3 Der Bürgermeister lädt die Ratsmitglieder unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich oder durch ein elektronisches Dokument ein. Die konstituierende Sitzung des Rates findet innerhalb eines Monats nach Beginn der Wahlperiode statt. Die Ladungsfrist für die erste Sitzung beträgt eine Woche (§ 59 NKomVG).

Die Wahlperiode beginnt am 01. November 2021 (§ 47 NKomVG). Sie beträgt 5 Jahre und endet am 31. Oktober 2026.

Die Konstituierung des Rates besteht im Kern in der Wahl der / des Ratsvorsitzenden. Erst danach ist der Rat als handlungsfähiges Organ vorhanden. Sie steht deshalb am Anfang der Sitzung und wird unter Leitung des ältesten anwesenden, hierzu bereiten Ratsmitgliedes (Altersvorsitzende/n) vorgenommen (§ 61 Abs. 1 NKomVG).

Deshalb erscheint es als sachgerecht, dass diese/r auch die Sitzung eröffnet und u.a. die für die Wahl der / des Ratsvorsitzenden notwendige Beschlussfähigkeit (§ 65 Abs. 1 Satz 2 NKomVG) feststellt.

TOP 4 / 5 Der Bürgermeister, Herr Jan Edo Albers, ist am 12. September 2021 erneut zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Jever gewählt worden. Herr Albers hat seinerzeit nach der ersten Wahl zum Bürgermeister den für Beamtinnen und Beamte nach § 38 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) bzw. § 47 Niedersächsisches Beamtengesetz (NBG) vorgesehenen Diensteid geleistet. Aufgrund seiner erneuten Wahl ist es nicht erforderlich, dass der Bürgermeister diesen Eid nochmals leistet, gleichwohl muss er jedoch darauf **hingewiesen** werden, dass der früher geleistete Eid ihn auch weiterhin bindet (s. Verfahrensvorschriften zu § 65 NBG, alte Fassung, Ziffer 7.2).

Der **Hinweis** auf den früher geleisteten Eid erfolgt durch die / den Altersvorsitzenden.

Ferner sind vor der Wahl der / des Ratsvorsitzenden die Ratsfrauen und Ratsherren förmlich zu verpflichten (§ 60 NKomVG). Mit der **Verpflichtung** wird die Pflichtenbelehrung (§§ 54 Abs. 3 und § 43 NKomVG) verbunden. Beides obliegt dem Bürgermeister, der sie bei Leitung der Sitzung durch die / den Altersvorsitzende/n vornimmt; nicht anwesende Ratsfrauen und Ratsherren werden später bei passender Gelegenheit verpflichtet und belehrt. Die Übernahme der Sitzungsleitung durch den Bürgermeister ist nicht notwendig, aber auch kein Verfahrensfehler. Weder die Verpflichtung noch die Pflichtenbelehrung sind Voraussetzung für die Ausübung der Mandatstätigkeit, haben also nur symbolischen Charakter. Sie haben insbesondere nicht die

Wirkungen der Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz.

Die förmliche Verpflichtung ist ein "feierlicher Akt". Sie kann weiterhin wie in früheren Jahren durch Handschlag erfolgen. Aufgrund der „Corona-Pandemie“ wird in diesem Jahr auf einen Handschlag verzichtet. Stattdessen erfolgt die Verpflichtung am Sitzplatz. Der Bürgermeister wird zum jeweiligen Sitzplatz gehen und sich jedem Ratsmitglied einzeln gegenüberstellen. Die Ratsmitglieder stehen sodann einzeln auf. Es erfolgt eine verbale Verpflichtung, die ebenfalls eine individuelle Verbindlichkeit schafft.

TOP 6 **Fraktionen** sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund desselben Wahlvorschlags gewählt wurden.

Gruppen sind auf Zusammenarbeit gerichtete Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund verschiedener Wahlvorschläge ihren Ratssitz erlangt haben. Zu den Gruppen rechnen auch Zusammenschlüsse von Fraktionen mit fraktionslosen Ratsmitgliedern sowie mit anderen Fraktionen oder Gruppen sowie von Gruppen.

Für die Verhandlung der weiteren Tagesordnungspunkte ist von erheblicher Bedeutung, welche Fraktions- bzw. Gruppenbildungen im Rat der Stadt eingegangen werden, denn hiervon sind Vorschlagsrechte für die Wahl der Ratsvorsitzenden oder des Ratsvorsitzenden und die Sitzverteilung im Verwaltungsausschuss sowie in den Ratsausschüssen abhängig. Nähere Bestimmungen über die Fraktions- bzw. Gruppenbildung befinden sich im § 57 NKomVG sowie im Entwurf der zu beschließenden Geschäftsordnung. Neben der Bekanntgabe der Fraktions- bzw. Gruppenbildung sollte unter diesem Tagesordnungspunkt auch bekanntgegeben werden, wer Vorsitzende oder Vorsitzender und stv. Vorsitzende oder Vorsitzender der Fraktion oder Gruppe ist.

Es empfiehlt sich, vor der Wahl die von der / dem Altersvorsitzenden vorzunehmende tatsächliche Feststellung, welche Fraktionen und Gruppen ihre Bildung bei dem Bürgermeister angezeigt haben.

TOP 7 **Die Wahl der / des Ratsvorsitzenden**, die keiner Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss bedarf, erfolgt nach § 67 NKomVG. Die / Der Ratsvorsitzende wird aus der Mitte der Ratsfrauen und Ratsherren gewählt (§ 61 Abs. 1 Satz 1 NKomVG), sodass dafür der Bürgermeister nicht in Betracht kommt. Vorschlagsberechtigt sind jedes Ratsmitglied (§ 56 Satz 1 NKomVG), somit auch der Bürgermeister, sowie als eine Mehrheit von Ratsmitgliedern, die im Rat vorhandenen Fraktionen und Gruppen. Nach ihrer / seiner Wahl übernimmt die / der Ratsvorsitzende von der / dem Altersvorsitzenden den Vorsitz.

TOP 8 **Die Feststellung der Tagesordnung**, die sich empfiehlt, um Zweifel über die zu behandelnden Punkte vorzubeugen, ist materiell ein Ratsbeschluss und sollte deshalb nach der Konstituierung unter Leitung der / des Ratsvor-

sitzenden erfolgen.

TOP 9

Der neugewählte Rat hat sich in seiner ersten Sitzung eine **Geschäftsordnung** zu geben, denn die alte Geschäftsordnung hat mit Ablauf der Wahlperiode ihre Gültigkeit verloren. Die Geschäftsordnung enthält Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Ladung und das Abstimmungsverhalten.

Dem noch amtierenden Verwaltungsausschuss hat der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung in der Sitzung am 26. Oktober 2021 vorgelegen (BV/0001/2021-2026). Dieser hat in der Sitzung noch eine Änderung in dem § 4 Abs. 1 der Geschäftsordnung vorgenommen. Unter dem Buchstaben k) ist analog zum Verfahren in den Fachausschüssen empfohlen worden, Anfragen und Anregungen auch im öffentlichen Teil der Ratssitzung zuzulassen.

Ferner ist redaktionell noch eine Änderung im § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfolgt, da dem Bürgermeister nunmehr schriftlich die Gruppenbildung SWG / Freie Bürger (Gruppe SWG / FB) angezeigt worden ist.

Der Entwurf der Geschäftsordnung ist allen Ratsfrauen und Ratsherren mit der Einladung zur konstituierenden Sitzung zugeleitet worden. Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Jever einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Jever beschließt die in der Anlage beigefügte Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse der Stadt Jever.

TOP 10

An die Abstimmung über die Geschäftsordnung schließt sich der Beschluss (§ 61 Abs. 1 Satz 3 NKomVG) über **die / den stv. Ratsvorsitzende/n** an. Dieser Beschluss kann durch Abstimmung (§ 66 NKomVG) oder durch Wahl (§ 67 NKomVG) erfolgen. In der neuen Geschäftsordnung für den Rat ist die Wahl vorgesehen. Dabei bestimmt der Rat auch, wie viele Stellvertreter/-innen es geben soll. Sie sind ausschließlich Verhinderungsvertreter/-innen und es sollte eine Reihenfolge festgelegt werden, falls mehrere Stellvertreter/-innen bestimmt werden. Der Entwurf der Geschäftsordnung sieht jedoch vor, dass lediglich ein/e Vertreter/-in der oder des Ratsvorsitzenden gewählt wird. Das Vorschlagsrecht besteht wie bei der Wahl der / des Ratsvorsitzenden. Alle diesbezüglichen Beschlüsse bedürfen als innerorganisatorische Angelegenheiten nicht der Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss.

TOP 11

Die Wahl der stellvertretenden Bürgermeister/-innen, die Beigeordnete (d.h., es müssen stimmberechtigte Mitglieder des Verwaltungsausschusses sein müssen (§ 81 Abs. 2 Satz 1 NKomVG.), setzt **die Bildung des Verwaltungsausschusses** voraus. Diese erfolgt dadurch, dass die Fraktionen und Gruppen Mitglieder entsprechend der Zahl der bei der Verteilung auf sie entfallenen Sitze benennen (§§ 75 Abs. 1 Satz 1 Nr.1, 71 Abs. 2 und 3 NKomVG), wobei das Los bei einem Losentscheid die / der

Ratsvorsitzende zu ziehen hat (§ 71 Abs. 2 Satz 6 NKomVG), und der Rat den abschließenden Beschluss fasst (§ 75 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2, § 71 Abs. 5 NKomVG), der auch mögliche Grundmandatsinhaber/-innen einbezieht (§ 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NKomVG). Wenn die Stadt Jever, wie in den Wahlperioden zuvor die Zahl der Beigeordneten um 2 erhöht (§ 74 Abs. 2 Satz 2 NKomVG), dann bedarf das eines Ratsbeschlusses, der vor der Verteilung der Sitze gefasst werden muss. Für die Nominierung als Mitglied des Verwaltungsausschusses ist die Anwesenheit in der Sitzung nicht Voraussetzung.

Nach dem Feststellungsbeschluss gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG, ohne den der Verwaltungsausschuss nicht gebildet ist, ist für jede/n Beigeordnete/n und Grundmandatsinhaber/-in, also nicht für den Bürgermeister, von der Fraktion oder Gruppe, die das Mitglied benannt hat, ein/e Stellvertreter/-in zu bestimmen (§ 75 Abs. 1 Satz 3 NKomVG); eine Fraktion oder Gruppe mit nur einem Mitglied kann zwei Vertreter/-innen benennen (§ 75 Abs. 1 Satz 5 NKomVG). Die Bestellung als Vertreter/-in bedarf keines Ratsbeschlusses. Gesetzlich ist geregelt (§ 75 Abs. 1 Satz 4 NKomVG), dass sich Stellvertreter/-innen, die von der gleichen Fraktion oder Gruppe benannt worden sind, untereinander vertreten.

Die nominierten Ratsfrauen und -herren sind von der Mitwirkung an dem feststellenden Beschluss nicht ausgeschlossen (§ 41 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 KomVG).

TOP 12 Die Wahl der stellvertretenden Bürgermeister/-innen (§ 67 NKomVG) erfolgt aus den Beigeordneten (stimmberechtigte Mitglieder im Verwaltungsausschuss) ohne Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss. Vorschlagsberechtigt ist jedes Ratsmitglied und jede Fraktion oder Gruppe.

Die Zahl der Stellvertreter/-innen ist allgemein auf bis zu drei begrenzt (§ 81 Abs. 2 Satz 1 NKomVG). In der Hauptsatzung der Stadt Jever ist im § 4 der Satzung die Zahl der Stellvertreter/-innen auf zwei begrenzt.

Sollen mehrere Stellvertreter/-innen gewählt werden, dann kann das durch Einzelwahl oder durch Blockwahl geschehen, bei der die vorgesehenen Bewerber/-innen in einem Wahlgang gewählt werden. Bei der Wahl oder nach ihrem Abschluss kann der Rat durch eine selbstständige Entscheidung (§ 66 Abstimmung NKomVG) eine Reihenfolge der Vertretung bestimmen (§ 81 Abs. 2 Satz 2 NKomVG); trifft er eine solche Bestimmung nicht, dann sind die Stellvertreter/-innen gleichberechtigt und es bedarf einer generellen oder jeweils einzelnen Absprache zwischen dem Bürgermeister und seiner Stellvertreter/-innen, wer die Stellvertretung wahrnimmt. Die Stellvertretung ist ausschließlich eine für den Verhinderungsfall, jedoch kann der Bürgermeister bestimmen, wann er verhindert ist.

Vorwort TOP 13

Nach der Bildung des Verwaltungsausschusses und der Wahl der stellvertretenden Bürgermeister/-innen bietet sich die Bildung der **Fachausschüsse** und der **sondergesetzlichen Ausschüsse** sowie der notwendigen Besetzung **sonstiger Stellen** in anderen Körperschaften und Organisationen wie z.B. in Gesellschafter- und Mitgliederversammlungen

sowie Verwaltungs- und Aufsichtsräten von Gesellschaften, Vereinen, Verbänden, kommunalen Anstalten und Zweckverbänden an. Aus der Mitte der Abgeordneten (§ 71 Abs. 1 NKomVG) kann der Rat beratende Ausschüsse bilden. Auch bei Losentscheiden im Rahmen der Ausschussbildung und bei der Besetzung von Stellen zieht das Los die / der Ratsvorsitzende (§ 71 Abs. 2 Satz 5, Abs. 8 Satz 3 NKomVG). Die nominierten Ratsfrauen und -herren sind von der Mitwirkung an dem feststellenden Beschluss nicht ausgeschlossen (§ 41 Abs. 3 Nrn. 2 und 3 NKomVG). Der Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss bedürfen alle diese Beschlüsse nicht.

Die abschließende Beschlussfassung bei der Bildung der Ausschüsse und der Besetzung mehrerer unbesoldeter Stellen gleicher Art (§ 71 Abs. 5 und 6 NKomVG) ist wie beim Verwaltungsausschuss nicht mehr nur Sache der Ratsfrauen und Ratsherren, sondern des gesamten Rates einschließlich des Bürgermeisters, der jedoch nicht Ausschussmitglied sein kann (§ 71 Abs. 1 NKomVG).

TOP 13

Der Rat kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse aus seiner Mitte **Ratsausschüsse** bilden. Grundsätzlich sollen auch Beschlüsse des Verwaltungsausschusses durch Ratsausschüsse vorbereitet werden.

Der Rat hat zunächst die Entscheidung zu treffen, welche Fachausschüsse er bilden will. Aufgrund der Bestimmungen des Nds. Schulgesetzes muss jedoch zwingend ein "Schulausschuss" als gesetzlicher Ausschuss gebildet werden. Dem Rat steht es jedoch frei, diesem Ausschuss zusätzliche Inhalte / Kompetenzen zu geben. Gleiches gilt für den "Jugendausschuss" der gemäß des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission (Nds. AG SGB VIII) die Frauenquote erfüllen soll (die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder sollen Frauen sein (§ 3 Nds. AG SGB VIII)).

Im Übrigen ist der Rat in seiner Entscheidung frei, ob und welche weiteren Ausschüsse er bilden will. Der letzte Rat hat es so gehandhabt, dass sich die Stellvertreter/-innen in den Ausschüssen untereinander vertreten können.

Dieser Regelung bedarf es jedoch einen erneuten Ratsbeschluss.

In der letzten Wahlperiode wurden folgende Fachausschüsse gebildet:

- **Ausschuss für Schule, Jugend, Soziales und Familie (SchuJuA)**
- **Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften (FiWiA)**
- **Ausschuss für Kultur, Tourismus, Freizeit, Sicherheit und Ordnung (KuSiA)**
- **Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung, Straßen, Umwelt, Landwirtschaft und Landschaft (BauPlanA)**

Daneben wurde der „**Arbeitskreis Bürgerbeteiligung**“ gebildet.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die bisherige Anzahl und die Bezeichnung der Fachausschüsse bzw. des Arbeitskreises beizubehalten.

Zudem schlägt die Verwaltung vor, die Besetzung des Arbeitskreises „Bürgerbeteiligung“ gemäß der „Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Jever“ ebenfalls beizubehalten (Bürgermeister, 5 Mitglieder der im Rat vertretenen Fraktionen / Gruppen sowie 5 Bürgerinnen und Bürger inklusive der stellvertretenden Mitglieder).

Ferner haben sich die ehemaligen Fraktionsvorsitzenden in einem Gespräch mit dem Bürgermeister bereits darauf verständigt, dass erneut ein „**Arbeitskreis Brauerei**“ gebildet werden soll. Diesem gehörten seinerzeit die Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen und mögliche Einzelbewerber/-innen bzw. fraktionslose Ratsmitglieder an.

Hinsichtlich der Besetzung dieses Arbeitskreises wird nunmehr vorgeschlagen, dass die dem Rat angehörenden Fraktionen und Gruppen ein Mitglied nach Wahl in diesen Arbeitskreis entsenden können.

Nachdem der Rat über die Anzahl der zu bildenden Ratsausschüsse und Arbeitskreise einen Beschluss gefasst hat, hat er weiterhin **die Anzahl der Sitze in den Ratsausschüssen** festzulegen. Bislang gehörten den Ratsausschüssen 7 Mitglieder sowie 7 Stellvertreter/-innen an. Dem Arbeitskreis „Bürgerbeteiligung“ gehörten gemäß der am 26. September 2019 vom Rat der Stadt Jever gefassten „Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Jever“ lediglich 5 Mitglieder sowie 5 Stellvertreter/-innen an (Anzahl der Ratsfraktionen der letzten Wahlperiode, d.h. aus jeder Fraktion ein Mitglied). Ferner waren 5 Vertreter/-innen der Bürgerinnen und Bürger inklusive deren / dessen Stellvertreter/-innen in dem Arbeitskreis vertreten. Die Bürgerinnen und Bürger wurden in einem Losentscheid ausgewählt, nachdem ein öffentlicher Aufruf erfolgt ist, aufgrund dessen sich interessierte Bürgerinnen und Bürger um die Teilnahme im Arbeitskreis bewerben konnten.

Die endgültige Besetzung des Arbeitskreises „Bürgerbeteiligung“ soll in einer der nächsten Sitzungen des Rates vorgenommen werden, da die Verwaltung – vorbehaltlich des Beschlusses des Rates zur Bildung des Arbeitskreises – erneut einen öffentlichen Aufruf starten möchte, damit interessierte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit bekommen, sich um einen Sitz im Arbeitskreis zu bewerben.

Dem gesetzlichen Schulausschuss müssen zudem mindestens ein/e Vertreter/-in der Lehrerschaft und 1 Vertreter/-in der Elternschaft (§ 110 Nds. Schulgesetz) angehören. Zudem sind Stellvertreter/-innen zu benennen.

Dem gesetzlichen Jugendausschuss (§ 13 Abs. 2 Nds. AG SGB VIII) müssen zudem mindestens 2 Vertreter/-innen, die von im Bereich der Stadt wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorzuschlagen sind (ein/e Vertreter/-in aus der freien Jugendarbeit sowie ein/e Vertreter/-in der Kindertagesstätten) angehören. Zudem sind Stellvertreter/-innen zu benennen.

Bei diesen Ausschüssen hat der Rat der Stadt mithin über die Anzahl der hinzuzuwählenden Vertreter/-innen zusätzlich zu befinden. Derzeit gehört diesem Ausschuss auch ein/e Vertreter/-in des Seniorenbeirates an. Es ist hierfür auch eine Stellvertretung zu benennen.

Für die Sitzverteilung in den Ratsausschüssen gelten die gleichen Regelungen, wie sie bereits für den Verwaltungsausschuss dargestellt worden sind. Gleiches gilt für die Benennung der Ausschussmitglieder, deren Stellvertreter/-innen sowie für den zu fassenden Feststellungsbeschluss über die Sitzverteilung und die Ausschussbesetzung.

Die Ausschussvorsitze werden den Fraktionen und Gruppen in der Reihenfolge des **Höchstzahlenverfahrens nach d'Hondt** zugeteilt. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das die / der Ratsvorsitzende zu ziehen hat.

Die Fraktionen und Gruppen haben die Ausschüsse zu benennen, deren Vorsitz sie beanspruchen, und zwar in der Reihenfolge der Höchstzahlen.

Sie bestimmen auch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden aus der Mitte der dem Ausschuss angehörenden Ratsmitgliedern. Um auch bei Verhinderung der oder des Vorsitzenden den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzungen zu gewährleisten, sind gleichzeitig stellvertretende Vorsitzende zu benennen.

Die Vertretung der Ausschussvorsitzenden ist gesetzlich nicht geregelt.

Regelungen kann der Rat treffen, ohne dass es eines einstimmigen Beschlusses (gemäß § 71 Absatz 10 NKomVG) bedarf. Sie kann z. B. darin bestehen, dass die Fraktion oder Gruppe, die die Vorsitzende oder den Vorsitzenden stellt, auch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter benennt, aber auch so getroffen werden, dass die Stellvertreterin oder der Stellvertreter einer anderen Fraktion angehört (Kommentar Thiele zum NKomVG).

Für eine Beschlussfassung über die Rangfolge der Ausschüsse ist kein Raum.

Die Fraktionen oder Gruppen greifen vielmehr in der Reihenfolge der Höchstzahlen die Ausschussvorsitze und besetzen sie. Einzige Ausnahme wäre, dass der Rat einstimmig ein anderes Verfahren beschließt.

TOP 14

Hat der Rat der Stadt **mehrere unbesoldete Stellen gleicher Art zu besetzen**, ist hierfür ebenfalls die Sitzverteilung wie für die Bildung des Verwaltungsausschusses oder der Ratsausschüsse anzuwenden. Der Rat könnte jedoch einstimmig ein anderes Verfahren beschließen. Dieses sogenannte Wahrnehmen von Mitgliedschaftsrechten - Besetzungsrecht der Gemeinde - gilt insbesondere für juristische Personen des öffentlichen Rechts wie z. B. kommunale Zweckverbände, aber auch für juristische Personen des Privatrechts wie z. B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, rechtsfähige Vereine und Stiftungen.

Auch könnten diese Personenvereinigungen im privatrechtlichen Bereich z. B. Gesellschaften des bürgerlichen Rechts oder auch nichtrechtsfähige Vereine

sein.

Eine Sitzverteilung nach dem Höchstzahlverfahren d`Hondt (§ 71 Abs. 2 NKomVG i.V.m. § 71 Abs. 6 NKomVG) kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn mehr als jeweils eine unbesoldete Stelle zu besetzen ist. Ist nur jeweils eine unbesoldete Stelle zu besetzen, findet die Vorschrift des § 71 Abs. 2 NKomVG keine Anwendung. Vielmehr ist dann eine Abstimmung (§ 66 NKomVG) oder eine Wahl (§ 67 NKomVG) mit der Folge durchzuführen, dass diejenige oder derjenige gewählt ist, für die oder den die Mehrheit der Ratsmitglieder, ausgehend von der gesetzlichen Mitgliederzahl, gestimmt hat. Möglicherweise sind ein zweiter Wahlgang und auch der Losentscheid notwendig.

Auch für die Benennung von Vertreterinnen und Vertretern in Mitgliederversammlungen von Vereinen bei nur einer zu benennenden Vertreterin oder einem zu benennenden Vertreter ist die Vorschrift des § 67 NKomVG (Wahlen) anzuwenden (Kommentar Thiele/Wefelmeier zu § 138 NKomVG). Bei der Besetzung mehrerer Stellen gilt § 71 Abs. 6 NKomVG. Der Tagesordnung ist zu entnehmen, welche Stellen im Einzelnen zu besetzen sind.

Beim **"Kuratorium Altenwohncentrum"** erfolgt die Benennung von Vertreterinnen oder Vertretern (3 Ratsfrauen / Ratsherren und Stellvertreter/-innen) nach dem Höchstzahlverfahren d`Hondt (§ 71 Abs. 6 NKomVG). Über die Sitzverteilungen und Stellenbesetzungen ist (gem. § 71 Abs. 5 NKomVG) ein Feststellungsbeschluss zu fassen.

Im Kuratorium des **Diakonischen Werkes Jever e. V.** wirken neben dem Bürgermeister oder einem von ihm benannten Stellvertreter der Verwaltung zusätzlich die vom Rat zu bestimmenden Vertreterinnen oder Vertreter (2 Ratsfrauen / Ratsherren und Stellvertreter/-innen) mit. Hier erfolgt die Benennung von Vertreterinnen oder Vertretern ebenfalls nach dem Höchstzahlverfahren d`Hondt (§ 71 Abs. 6 NKomVG).

Über die Sitzverteilungen und Stellenbesetzungen (gem. § 71 Abs. 5 NKomVG) ist ein Feststellungsbeschlüsse zu fassen.

In der **Verbandsversammlung des "Zweckverband Schloss- und Heimatmuseum"** ist kraft Amtes der Bürgermeister oder ein von ihm benannte/r Stellvertreter/-in. Außerdem hat die Benennung von zwei weiteren Ratsfrauen oder Ratsherren und Stellvertreterinnen oder Stellvertretern nach dem Höchstzahlverfahren d`Hondt (§ 71 Abs. 6 NKomVG) zu erfolgen.

Über die Sitzverteilungen und Stellenbesetzungen sind (gem. § 71 Abs. 5 NKomVG) Feststellungsbeschlüsse zu fassen.

In der **Verbandsversammlung des Zweckverbandes Landesbühne Niedersachsen Nord GmbH** ist der Bürgermeister kraft Amtes oder ein vom Rat benannter Stellvertreter aus der Verwaltung. Außerdem erfolgt die Abstimmung (§ 66 NKomVG) über eine Ratsfrau oder eines Ratsherrn und über eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.

Für die **Landschaftsversammlung der "Oldenburgischen Landschaft"**

sind eine Ratsfrau oder ein Ratsherr und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu benennen. Hier hat eine Abstimmung (§ 66 NKomVG) zu erfolgen. Der Bürgermeister oder ein vom Rat bestimmter Stellvertreter aus der Verwaltung ist ebenfalls Mitglied in der Landschaftsversammlung.

Für die **Verbandsversammlung des OOWV** sind eine Ratsfrau oder ein Ratsherr und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu benennen. Hier hat eine Abstimmung (§ 66 NKomVG) zu erfolgen.

Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder und der Stellvertreter/-innen **des Aufsichtsrates der Wohnungsbau Gesellschaft Friesland mbH** endet am 31.10.2021. Für die nächste Amtszeit von fünf Jahren muss über die neue Besetzung einer Ratsfrau oder eines Ratsherrn und einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters abgestimmt werden (§ 66 NKomVG).

In die **Gesellschafterversammlung der Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH** in Jever ist ein Ratsmitglied und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu wählen. Es ist eine Wahl durchzuführen (§§ 67 und 138 NKomVG).

In die **Gesellschafterversammlung der FriesenEnergie GmbH** ist ein Ratsmitglied und eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu wählen (§§ 67 und 138 NKomVG). Der Bürgermeister oder ein von ihm benannter Stellvertreter aus der Verwaltung ist ebenfalls Mitglied in der Gesellschafterversammlung.

Es ist auch besonders darauf hinzuweisen, dass die Ratsmitglieder bei der Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten nicht in ihrer jeweiligen Entscheidung frei sind, sondern den Weisungen der Beschlussgremien (Rat und Verwaltungsausschuss) unterliegen.

Die Besetzung folgender Gremien fällt in den Zuständigkeitsbereich des Verwaltungsausschusses (Lückenzuständigkeit gem. § 76 Abs. 2 NKomVG) und wird zur gegebenen Zeit von diesem zu bestätigen oder neu vorzunehmen sein:

- **Sielacht Wangerland**
(voraussichtlich im Frühjahr 2023 neu zu besetzen)
- **III. Oldenburgischer Deichband**
(Beschluss VA am 24. August 2021, erst wieder im Frühjahr 2026)
- **EWE Netzbeirat Landkreis Friesland**
(durch den VA voraussichtlich am 07. Dezember 2021)

TOP 15 Johanne-Grüner-Stiftung;
Neubesetzung des Kuratoriums
Siehe Beschlussvorlage zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26. Oktober 2021 (BV/0003/2021-2026)

TOP 16 Olga-Fink-Stiftung;
Neubesetzung des Kuratoriums
Siehe Beschlussvorlage zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 26. Oktober 2021 (BV/0004/2021-2026)